

http://www.focus.de/politik/deutschland/millionenverdienst-nebenbei-ein-drittel-der-abgeordneten-hat-nebeneinkuenfte_aid_833156.html

Parlamentarier mit Nebentätigkeit

Abgeordnete verdienen Millionen mit Nebenjobs

Freitag, 05.10.2012, 16:35



Ein Drittel der Abgeordneten im Bundestag hat Nebeneinkünfte Reuters

Die Debatte um Peer Steinbrücks Honorarvorträge hat die Nebeneinkünfte der Parlamentarier wieder in den Blickpunkt gerückt. Diese haben seit 2009 über 20 Millionen Euro nebenher verdient. Die SPD bringt nun eine Beschränkung ins Gespräch.

Die Abgeordneten des

Bundestags haben nach Berechnungen der Organisation „abgeordnetenwatch“ seit 2009 mindestens 22,5 Millionen Euro nebenher verdient. Tatsächlich liege die Summe aber sehr viel höher, teilte die Initiative am Freitag mit. Danach haben 192 der 620 Parlamentarier Einkünfte zusätzlich zu ihren Abgeordnetendiäten – also fast jeder Dritte. 126 Abgeordnete hätten bei der Bundestagsverwaltung einen **Nebenverdienst in der Höchststufe 3** („über 7000 Euro“) angegeben. Die weitaus meisten davon kamen danach aus der Union (77), gefolgt von FDP (25), SPD (17), Linke (5), Grüne (2).

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Michael Roth hat anlässlich der **Diskussion um die Nebentätigkeiten seines Fraktionskollegen Peer Steinbrück** eine Beschränkung der Nebenjobs von Parlamentariern angeregt. „Jeder Arbeitnehmer muss sich vom Arbeitgeber eine Genehmigung für eine Nebentätigkeit erteilen lassen. Denkbar wäre dies doch auch für Abgeordnete“, sagte Roth der „Welt“. Der Generalsekretär der hessischen SPD plädierte in diesem Zusammenhang für eine „interfraktionell zusammen gesetzte Vertrauenskommission des Bundestages“, welche „grünes Licht für Nebentätigkeiten“ geben könne.

„Selbstverständlich müssten die Einkünfte exakt offen gelegt und der jeweilige Auftraggeber genannt werden“, sagte Roth weiter. Einem solchen Vorstoß dürfe sich die schwarz-gelbe Koalition nicht mehr verweigern. Die derzeitigen Regeln für Nebenjobs von Parlamentariern hätten sich „als komplett unbrauchbar erwiesen“. Roth sagte: „Wo es Klarheit und Vertrauen hätte schaffen sollen, wird Intransparenz und Misstrauen genährt.“

dn/dpa